



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bericht über die geplante Änderung der Ausgleichszulage im Rahmen der Agrarförderung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die geplante Änderung der Ausgleichszulage in Bayern zu berichten. Dabei ist auf die geplante Höhe der Ausgleichszulage, die neue Förderkulisse, die Abgrenzung der künftigen Berggebiete und die Differenzierung der Fördersätze möglichst detailliert einzugehen.

Begründung:

In den benachteiligten Gebieten (benachteiligte Agrarzonen, Kleine Gebiete und Berggebiete) wird zum Ausgleich der natürlichen ungünstigen Standortbedingungen oder anderer spezifischer Produktionsnachteile eine Ausgleichszulage für Einkommensnachteile aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen gewährt. Ab dem 31.12.2018 muss die Staatsregierung die Bedingungen für die Ausgleichszulage aufgrund von Vorgaben der EU massiv verändern. Die rechtzeitige Diskussion der geplanten Änderungen im Ausschuss soll für Transparenz sorgen und die Betroffenen auf erforderliche Mehr- oder Mindereinnahmen vorbereiten.